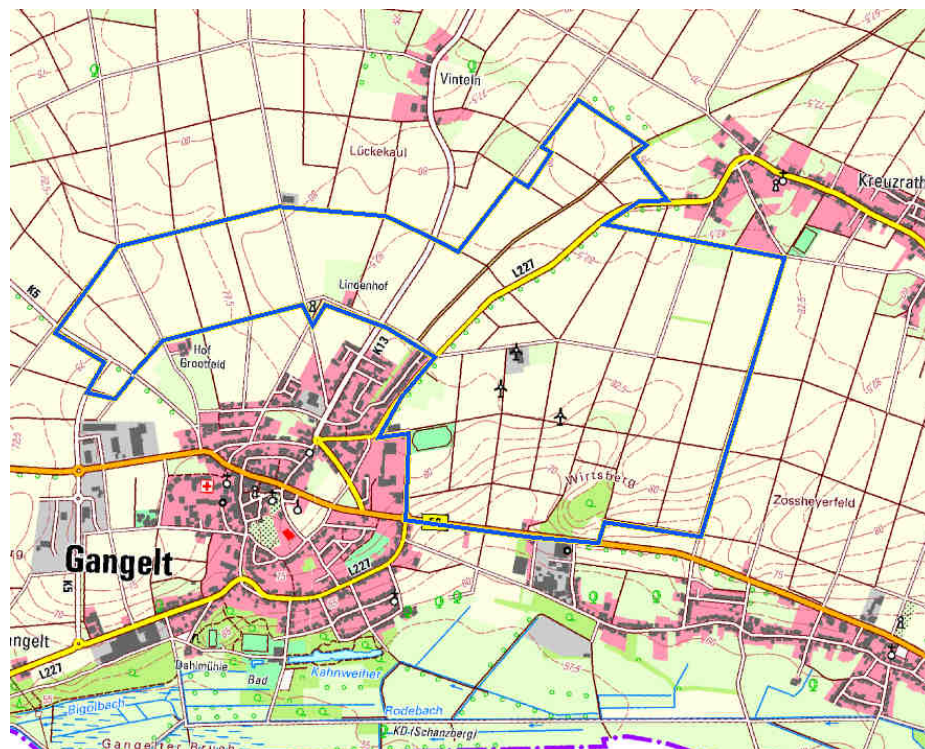


**- Dezernat 33 -  
Ländliche Entwicklung  
und Bodenordnung**

## **Flurbereinigung Gangelt III**

**Kreis Heinsberg**



## **Feststellung der UVP-Pflicht**

## **Bezirksregierung Köln**

### **Flurbereinigung Gangelt III Az.: - 5 14 01 -**

**„Feststellung der UVP-Pflicht“ gemäß § 5 i.V. mit Anlage 1 Ziff. 16.1 der zuletzt am 08.09.2017 in Kraft getretenen Änderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung –UVPG, (BGBl. I S. 3370) für den Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen in der Flurbereinigung Gangelt III, einschließlich Aussagen zur FFH-Verträglichkeitsprüfung und zur Artenschutzrechtlichen Prüfung**

Bearbeitung:

Bezirksregierung Köln  
Dezernat 33  
Dipl.-Ing. B. Schölzel

Aachen, im Juli 2018

\* Titelseite: Ursprungsabgrenzung; Ausschnitt aus DigiAtlas NRW, M 1 : 25.000,  
Bezirksregierung Köln, Abt. GEObasis NRW

---

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
1. Merkmale des Vorhabens	5
1.1 Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens	5
1.2 Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten	6
1.3 Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	6
1.4 Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Abs. 1 und 8 des KrWG	7
1.5 Umweltverschmutzung und Belästigungen	7
1.6 Risiko von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschl. der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch en Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf	7
1.6.1 verwendete Stoffe und Technologien	- 7
1.6.2 die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nr. 7 der Störfallverordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Abs. 5a des BImSchG	7
1.7 Risiken für die menschliche Gesundheit, z.B. durch Verunreinigung von Wasser und Luft	7
2. Standort des Vorhabens	8
2.1 Bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land- und forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien)	8
2.2 Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt des Gebietes und seines Untergrunds (Qualitätskriterien)	8
2.3 Belastbarkeit der Schutzgüter unter Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien)	9
2.3.1 Natura 2000-Gebiete nach § 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG	9
2.3.2 Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG (soweit nicht Nr. 2.3.1)	7
2.3.3 Nationalparke, und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, soweit nicht bereits von 2.3.1 erfasst	9
2.3.4 Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gem. §§ 25 und 26 BNatSchG	9
2.3.5 Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG	9
2.3.6 Geschützte Landschaftsbestandteile, einschl. Alleen n. § 29 BNatSchG	9
2.3.7 Gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG	9

---

---

2.3.8	Wasserschutzgebiete n. § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete n. § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete n. § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete n. § 76 WHG	10
2.3.9	Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind	10
2.3.10	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte i.S. des § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG	10
2.3.11	In amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind	10
2.3.12	Sonstige, in den für den Naturschutz und die Landschaftspflege relevanten landesweiten Kataster nachgewiesenen Flächen und Projekte	10
3.	Merkmale der möglichen Auswirkungen	11
3.1	der Art und dem Ausmaß der Auswirkungen, insbesondere, welches geografische Gebiet betroffen ist und wie viele Personen von den Auswirkungen voraussichtlich betroffen sind	11
3.2	dem etwaigen grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen,	11
3.3	der Schwere und Komplexität der Auswirkungen	11
3.4	der Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen	11
3.5	dem voraussichtlichen Zeitpunkt des Eintretens sowie der Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen	11
3.6	dem Zusammenwirken der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben	11
4.	Aussagen zur FFH - Verträglichkeitsprüfung	12
5.	Aussagen zur Artenschutzrechtlichen Prüfung	12
6.	Gesamteinschätzung der erheblichen Umweltauswirkungen	13

---

**„Feststellung der UVP-Pflicht“ gemäß § 5 i.V. mit Anlage 1 Ziff. 16.1 der zuletzt am 08.09.2017 in Kraft getretenen Änderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung -UVPG; (BGBl. I S. 3370) für den Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen in der Flurbereinigung Gangelt III, einschließlich Aussagen zur FFH-Verträglichkeitsprüfung und zur Artenschutzrechtlichen Prüfung**

Die Flurbereinigung Gangelt III wurde gemäß § 87 ff FlurbG angeordnet, um die landeskulturellen Nachteile auszugleichen, die durch den Neubau der Ersatzkreisstraßen (EK) 13 und 17 als Ortsumgehung (OU) Gangelt zwischen dem Kreisverkehr der K5 (westlicher Ortseingang Gangelt) und dem Anschluss an die B 56 (östlicher Ortseingang Gangelt) entstehen und um die Flächenbereitstellung für diese Straße auf einen größeren Kreis von Eigentümern zu verteilen.

Das Flurbereinigungsgebiet liegt im westlichen Teil des Kreises Heinsberg. Es erstreckt sich ausschließlich auf Flächen der Gemeinde Gangelt.

Aus naturräumlicher Sicht liegt das Flurbereinigungsgebiet im „Niederrheinischen Tiefland“ mit der Haupteinheit „Selfkant“ und der Untereinheit „Geilenkirchener Lehmplatte“.

Für den Neubau der EK 13 / EK 17 werden ländliche Grundstücke in großem Umfang in Anspruch genommen. Die Flurbereinigung verfolgt primär das Ziel das erforderliche Land bereitzustellen, sowie die durch den Neubau der Straßen entstehenden Nachteile für die allgemeine Landeskultur zu vermeiden oder zu mildern. Mit der Neuordnung können ferner die durch die Trassenführung bedingten Durch- und Anschneidungen der landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgeglichen werden und somit die landwirtschaftlichen Betriebe auch künftig wirtschaftlich geführt werden. Aufgrund der Durchschneidung des landwirtschaftlichen Wegenetzes ist zugleich eine Neugestaltung des Wegenetzes erforderlich, um den Landwirten eine angemessene Erreichbarkeit, d. h. ohne große Umwege, und eine Erschließung ihrer Flächen zu gewährleisten.

Bei der Feststellung der UVP-Pflicht gem. § 5 UVPG ist unverzüglich im Planungsverfahren auf Grundlage geeigneter Angaben zum Vorhaben zu ermitteln, ob die Pflicht besteht eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen. Zur Ermittlung müssen nach Einleitung des Flurbereinigungsverfahrens die geplanten Maßnahmen ausreichend beschrieben werden können. Dies ist in der Regel mit Erstellung des ersten Entwurfes der Fall.

Über die Frage der UVP-Pflichtigkeit entscheiden alleine die in Ziffer 2 der Anlage 3 zum UVPG genannten Merkmale der möglichen erheblichen Auswirkungen, die gebildet werden aus den Merkmalen des Vorhabens und den Standortmerkmalen.

## **1. Merkmale des Vorhabens**

### **1.1 Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens**

In der Flurbereinigung Gangelt III, mit einer Flächengröße von ca. 270 ha, ist der Bau gemeinschaftlicher Anlagen vorgesehen. Insgesamt sollen rd. 10,2 km Wege neu- bzw. ausgebaut und rd. 9,2 km rekultiviert werden.

Der Ausbau der vorhandenen Wege umfasst (*Entwurf Stand Januar 2018*) ca.

*0,1 km Weg mit Bindemittel (Asphalt) auf Erdweg, aber größerer Ausbaubreite*

*0,2 km Weg mit Bindemittel (Asphalt) auf Schotterweg, aber größerer Ausbaubreite*

*1,6 km Weg ohne Bindemittel (Schotter) auf Erdweg, aber größerer Ausbaubreite*

*Der Neubau auf Acker umfasst ca.*

*0,1 km Weg mit Bindemittel (Bitumen), Fahrbahnbreite 3,0 m (Kronenbreite 4,0 m)*

*0,2 km Weg ohne Bindemittel (Schotter), Fahrbahnbreite 3,0 m (Kronenbreite 4,0 m)*

*0,1 km Weg ohne Befestigung (Erdweg)*

*Des Weiteren müssen ca.*

*2,2 km Wege ohne Befestigung (sog. Erdwege) rekultiviert werden.*

---

---

*An mehreren Stellen werden die Anschlüsse der auszubauenden bzw. neuzubauenden Wege an bestehende Wege größer dimensioniert als der Bestand, um die Ein- und Ausfahrten von bzw. auf die Wege und Straßen zu erleichtern und sicherer zu gestalten. Die Verbreiterungen werden mit der Wege-Eingriffsfläche gemeinsam dargestellt.*

## **1.2 Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten**

Eine Kumulation mit Vorhaben anderer Planungsträger ist nicht gegeben, da Straßenbauvorhaben nicht als Vorhaben derselben Art betrachtet werden müssen.

## **1.3 Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt**

Der Ausbau von Wegen in alter Lage, aber mit geänderter Befestigung führt i.d.R. zur Veränderung des bisherigen Bodengefüges im Bereich der Tragschicht, zur Veränderung des Oberflächenwasserabflusses, zum zumindest zeitweisen Verlust der Vegetation und zu kleinklimatischen Veränderungen. Bei diesem Ausbau wie auch beim Ausbau mit gleichartiger Befestigung kann es zudem auf einzelnen Wegeteilstücken zu einer zusätzlichen Inanspruchnahme und Veränderung des Bodens kommen. Das resultiert aus den häufig örtlich vorhandenen geringeren Wegebreiten und des Baus nach den Regeln der Technik. Durch den etwa 0,4 km langen Ausbau mit Asphalt auf vorhandenen Erd- und Schotterwegen sowie auf Acker erfolgt dort eine vollständige Versiegelung auf mind. 3,0 m Fahrbahnbreite mit entsprechend dauerhaften Veränderungen.

Durch die Neuanlage von Asphalt- und Schotterwegen werden das Bodengefüge und der Oberflächenwasserabfluss im Bereich der Trassen unterschiedlich verändert. Kleinklimatische Veränderungen machen sich beim Asphaltweg durch stärkere Erhitzung und schnellere Abtrocknung stärker bemerkbar, als bei Schotterwegen, die sich zudem relativ zügig wieder begrünen. Die Anlage der unbefestigten Wege führt zu Bodenverdichtungen.

Als Ersatz für verlorengelassene Vegetation werden struktur- und funktionsgleiche Kompensationsmaßnahmen geplant.

Durch die Maßnahmen der Flurbereinigung sollte die Tierwelt nicht nachhaltig negativ beeinträchtigt werden, das Brut- und Nahrungshabitate nicht in bedeutendem Umfang gestört werden. Durch den etwas steigenden Anteil von Asphaltwegen wird die Überquerung dieser Barrieren für Kleintiere und ggfls. Amphibien etwas schwieriger.

Natur und Landschaft werden durch den Wegebau zusätzlich beansprucht, auch, wenn überwiegend in alter Lage gebaut wird.

Der Verbreiterung der bestehenden Wege bzw. dem Wegeneubau stehen auch Rekultivierungen gegenüber. Dabei werden die nicht mehr benötigten Befestigungen aus der Landschaft entfernt, wodurch sich sowohl natürlichere Bodengefüge als auch Versickerungsverhältnisse wieder einstellen können. Die möglicherweise mit den Rekultivierungen der Vegetationsdecke einher gehenden Funktionsverluste werden über die spätere Landschaftspflegerische Begleitplanung bewertet und bilanziert.

Weil bei den Rekultivierungen ausschließlich Erdwege rekultiviert werden, steigt insgesamt der Versiegelungsgrad im Gebiet, obwohl in Teilen auch Sand, Kies, Schutt oder Schotter aus dem Untergrund mit beseitigt wird.

Die geplanten Maßnahmen tangieren weder das Grundwasser (z.B. durch das Anschneiden wasserführender Schichten) noch werden die Oberflächenwasserverhältnisse so weit beeinflusst, dass man von einer mehr als unerheblichen Beeinträchtigung sprechen könnte.

Das Schutzgut Boden wird zwangsläufig in Anspruch genommen, da nicht ausschließlich in alter Lage gebaut werden kann und mehr Neu- / Ausbauten erfolgen als Rekultivierungen. Der Anteil der Versiegelung steigt dementsprechend, weil zahlreiche Wegeverbindungen durch die EK 13 / 17 getrennt werden und die verbliebenen Teilstücke zu neuen Wegezügen verbunden werden müssen. Der Stand der Technik erfordert dazu u.a. eine etwas größere Ausbaubreite. Daraus erklärt sich auch der größere Flächenbedarf an landwirtschaftlicher Nutzfläche gegenüber dem Freiwerden durch Rekultivierung.

Die Schutzwürdigkeit des Bodens bezieht sich im Verfahrensgebiet durchweg auf die hohe Bodenfruchtbarkeit, die für fast das komplette Gebiet festgestellt ist. Hinsichtlich deren Beanspruchung stellt sowohl die Inanspruchnahme für den Wegebau als auch für landschaftsgestaltende Anlagen einen Verlust dar, der durch die Rekultivierungen nicht kompensiert werden kann.

Massenverschiebungen sind ebenso nicht beabsichtigt wie Maßnahmen zur Entwässerung. Das Landschaftsbild ändert sich aufgrund der neuen Wegenetzgestaltung und der reduzierten „grünen“ Wegeoberflächen (zumindest in der Anfangsphase).

#### **1.4 Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Abs. 1 und 8 des KrWG**

Abfall im Sinne des Gesetzes wird nicht erzeugt. Anfallender Bodenaushub im Rahmen von Baumaßnahmen wird den einschlägigen Vorgaben gemäß umweltgerecht wiederverwendet oder, soweit kontaminiert, fach- und umweltgerecht entsorgt.

#### **1.5 Umweltverschmutzung und Belästigungen**

Während der Bauphase kann es zu geringfügigen Luftverschmutzungen und Lärmbelästigungen (Emissionen durch Baufahrzeuge) kommen. Alle emittierenden Stoffe bewegen sich in Art und Menge im Rahmen des üblichen Baustellenverkehrs und sind rein auf die Bauzeit beschränkt. Darüber hinausgehende Umweltverschmutzungen und Belästigungen können ausgeschlossen werden.

#### **1.6 Risiko von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschl. der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf**

##### **1.6.1 verwendete Stoffe und Technologien**

##### **1.6.2 die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nr. 7 der Störfallverordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Abs. 5a des BImSchG**

Unfälle, Störungen und Beeinträchtigung in dem Umfang wie es die einschlägigen Werke aufführen sind hier nicht zu erwarten.

#### **1.7 Risiken für die menschliche Gesundheit, z.B. durch Verunreinigung von Wasser und Luft**

Da durch die geplanten Maßnahmen der Flurbereinigung die Nutzung des Gebietes nicht intensiviert wird und keine zusätzlichen Aktivitäten durch das Vorhaben ausgelöst werden, ist mit zusätzlichen oder erhöhten Risiken für die menschliche Gesundheit nicht zu rechnen.

## **2. Standort des Vorhabens**

### **2.1 Bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land- und forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien)**

Aufgrund der zu erwartenden Maßnahmen durch die Flurbereinigung verändern sich die Nutzungsmöglichkeiten des Plangebietes für Siedlung und Erholung, für die forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzung und auch für die wirtschaftliche und öffentliche Nutzung ebenso wenig, wie für die Ver- und Entsorgung.

Die Wegebau- und –rekultivierungsmaßnahmen einschließlich der Kompensationsmaßnahmen führen in ihrer Gesamtheit zwar einerseits zu einem Verlust an landwirtschaftlicher, überwiegend ackerbaulich genutzter Flächen. Andererseits verbessert die Wiederherstellung des durch die EK 13/17 zerschnittenen und zerstörten Wirtschaftswegenetzes die verkehrstechnischen Voraussetzungen für die Landwirtschaft. In Verbindung mit dem Effekt der Zusammenlegung sollten weniger Verkehrsbewegungen und Fahrstrecken anfallen.

Als Kompensation für die über das bisherige Maß hinausgehenden Beeinträchtigungen der Landschaft werden u.a. auch Befestigungen im Untergrund von Wegeteilstücken rekultiviert und Flächen für Natur und Landschaft der intensiven Nutzung durch Verkehr oder Landwirtschaft entzogen. Ergänzend zu den flächigen Kompensationsmaßnahmen aus der Planfeststellung und zusätzlich zu ihrer Ausgleichsfunktion vernetzen die Kompensationsmaßnahmen der Flurbereinigung die verschiedenen Landschaftsstrukturen zur Optimierung bestehender Lebensräume. Leider erschweren die Ergebnisse früherer Flurbereinigungsverfahren (viele Blöcke mit gleicher Bewirtschaftungsrichtung) und die relativ strukturarme Landschaft diese Bestrebungen.

### **2.2 Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt des Gebietes und seines Untergrunds (Qualitätskriterien)**

Reichtum, Vielfalt, Qualität und Regenerationsfähigkeit von Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt und des Untergrundes werden durch die geplanten Baumaßnahmen der Flurbereinigung in unterschiedlichem Maße betroffen.

Der Anteil des Wegeneu- und Wegeausbaus überschreitet den der Wegerekultivierung um etwa ein Drittel. Das befestigte Wegenetz wird insgesamt länger. Der Anteil der Kompensationsmaßnahmen ist in etwa gleich groß mit der Fläche der Eingriffe.

Durch Maßnahmen der Flurbereinigung werden die Wasserverhältnisse nicht negativ beeinflusst. Gleiches gilt für die von Wassererosion gefährdeten Bereiche. Gleichwohl ist vorgesehen Kompensationsmaßnahmen in Bereichen anzulegen, in denen sie gleichzeitig einer Bodenerosion durch Wasser begegnen bzw. deren Folgen mildern können.

Die Regenerationsfähigkeit des Bodens ist dort, wo ein Neubau mit Schotterbefestigung erfolgt, im Oberbodenbereich beeinträchtigt. Die Flächen, die mit Asphalt befestigt werden (ca. 2.100 m<sup>2</sup>), sind im Oberbodenbereich nicht mehr regenerationsfähig.

Wegen des relativ hohen Anteils hochwertiger Böden bleibt eine Inanspruchnahme aufgrund von Baumaßnahmen auch für diese nicht aus. Mögliche Beeinträchtigungen werden durch geeignete Maßnahmen vermieden bzw. gemindert (Reduzierung der Befestigungsumfangs und der Befestigungsqualität, Rekultivierung befestigter Wegeteilstücke, fachgerechte Dimensionierung ...).



Eine Beeinträchtigung von Natur und Landschaft im weiteren Sinne wird derzeit nicht gesehen. Das Schutzgut Klima / Luft kann auf die Aufheizung der Asphaltoberflächen reduziert werden, was für bestimmte Kleinlebewesen zu massiven Erschwernissen führen kann.

Gemäß Artenschutzrechtlicher Prüfung (liegt vor und wird Bestandteil des Landschaftsberichtes werden) halten sich die Auswirkungen auf die Tierwelt aber sehr in Grenzen. Es kommt unter Beachtung vorgegebener Regelungen (z.B. Bauzeitenbeschränkungen) bei keiner der potenziell betroffenen, besonders oder streng geschützten, planungsrelevanten Arten, zu einem Konflikt mit den artenschutzrechtlichen Vorschriften.

Ähnlich verhält es sich auch bezüglich der Flora. Die von Maßnahmen betroffenen Vegetationsbereiche werden struktur- und funktionsgleich ausgeglichen.

Soweit die Wegebaumaßnahmen zu erheblichen und nachhaltigen Eingriffen gemäß Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) führen, werden diese durch geeignete Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen oder ersetzt (siehe Ermittlungsphase nach Verfahrenseinleitung, 2. Teil – Unterlagen zum Plan nach § 41 FlurbG).

## **2.3 Belastbarkeit der Schutzgüter unter Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien)**

### **2.3.1 Natura 2000-Gebiete nach § 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG**

Natura 2000-Gebiete existieren ca. 15 km nördlich des Flurbereinigungsverfahrens im Bereich Wildenrath mit dem „Schaagbachtal“ und bei Arsbeck „Helfensteiner Bachtal“, sowie ca. 4 km südlich bei Teveren die „Teverener Heide“. Zusätzlich als Vogelschutzgebiet ist das Schutzgebiet „De Mijneweg“ auf niederländischer und deutscher Seite ausgewiesen. Weder direkt noch indirekt werden diese Gebiete von Maßnahmen der Flurbereinigung Gangelt III tangiert.

### **2.3.2 Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG**

### **2.3.3 Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG**

2.3.2 - 3 sind im und angrenzend an das Flurbereinigungsgebiet nicht festgesetzt.

### **2.3.4 Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gem. §§ 25 und 26 BNatSchG**

Biosphärenreservate sind derzeit in NRW nicht ausgewiesen.

Als Landschaftsschutzgebiet (LSG) ist der Bereich des „Wirtsberg“ im Landschaftsplan festgesetzt. Die vorhandenen Strukturen und Abgrenzungen dieses Gebietes werden nicht negativ verändert. Es erfolgen keine Maßnahmen, die dem Schutzzweck des Gebietes zuwider laufen.

### **2.3.5 Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG**

Über den Landschaftsplan III/7 „Selfkant“ ist lediglich ein Paar Linden nördlich Gangelt als Naturdenkmal festgesetzt. Es ist nicht abzusehen, dass dieses durch Maßnahmen der Flurbereinigung gefährdet wird.

### **2.3.6 Geschützte Landschaftsbestandteile, einschl. Alleen, nach § 29 BNatSchG**

Drei flächige Objekte setzt der Landschaftsplan innerhalb bzw. angrenzend an das Flurbereinigungsgebiet fest. Bei zwei der drei Komplexe werden in angrenzenden Gebieten zahlreiche Gehölzbestände an Ortsrändern komplett geschützt. Das weitere Gebiet umfasst die lineare Struktur der ehemaligen Kleinbahntrasse. Gleichwohl ist es auch hier derzeit nicht absehbar, dass diese durch Maßnahmen der Flurbereinigung gestört oder beseitigt werden.

### **2.3.7 Gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG**

Im Flurbereinigungsgebiet liegt kein schutzwürdiger Biotop und es grenzt keine entsprechende Fläche an.

- 
- 2.3.8    Wasserschutzgebiete n. § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete n. § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete n. § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete n. § 76 WHG**  
Es werden durch das Gebiet und die geplanten Maßnahmen keine der vorgenannten Gebiete betroffen.
- 2.3.9    Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind**  
Gebiete, in denen die in den Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, sind in NRW bislang nicht festgelegt. Das Kriterium ist daher nicht relevant.
- 2.3.10   Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte i.S. des § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG**  
Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte und Siedlungsschwerpunkte in verdichteten Räumen im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Raumordnungsgesetzes: Die genannten Bereiche sind für das Flurbereinigungsgebiet nicht relevant.
- 2.3.11   In amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind**  
Laut der Auskunft des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege befindet sich das nächste, in Denkmallisten eingetragene Bodendenkmal südöstlich des Wirtsberges, südlich der B 56, also abseits von möglichen Störmaßnahmen. Es existieren allerdings mehrere punktuelle Fundstellen; eine südlich Kreuzrath, die übrigen östlich und nordöstlich des Wirtsberges. Dazu zählen Einzelfunde, Siedlungsreste, Bestattungszeugnisse u. ä. aus der Steinzeit, Metallzeit, Römischer Zeit und Mittelalter. Erkenntnisse über mögliches Konfliktpotenzial liegen aber nur im Bereich der Vermutung. Eine mit Indizien hinreichend belegte und wissenschaftlich abgesicherte Beweisführung, die das konkrete Vorhandensein eines Bodendenkmals mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit belegt, wurde nicht vorgelegt. Vielmehr bedürfte dies einer flächigen Prospektion. Die Baumaßnahmen sind vom Umfang und der Tiefe her sehr gering, sie liegen innerhalb des Pflughorizontes. Insgesamt können damit Beschädigungen oder Zerstörungen von Bodendenkmälern nahezu ausgeschlossen werden. Ergeben sich bei der Umsetzung dennoch Hinweise auf Bodendenkmäler, so wird entsprechend dem Denkmalschutzgesetz verfahren.  
Das konkrete Verfahrensgebiet wie auch das weitere Umfeld entfallen nicht in eine der im Kulturlandschaftlichen Fachbeitrag zur Landesplanung NRW (Landschaftsverband Rheinland und Landschaftsverband Westfalen-Lippe) enthaltenen Katalog der Kulturlandschaftsbereiche.
- 2.3.12   Sonstige, in den für den Naturschutz und die Landschaftspflege relevanten landesweiten Kataster nachgewiesenen Flächen und Projekte**  
Innerhalb oder angrenzend an das Untersuchungsgebiet liegen folgende Biotopkatasterflächen:  
BK - 4902 - 003    „Ehem. Kleinbahntrasse Gangelt-Schierwaldenrath“;  
BK - 5001 - 004    „Obstwiesen in Siedlungsnähe von Gangelt“ (angrenzend);  
BK - 5001 - 013    „Grünland-Obstwiesenbestand“, westl. Gangelt (angrenzend);  
BK - 5002 - 013    „Wirtsberg“, östl. Gangelt;
- Von den Wegebau- und Rekultivierungsmaßnahmen der Flurbereinigung werden alle genannten Flächen nicht betroffen.
-

### 3. Merkmale der möglichen Auswirkungen

Die erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens sind anhand der zuvor aufgeführten Kriterien beurteilt worden. Bei dieser Beurteilung ist den folgenden Merkmalen der möglichen Auswirkungen Rechnung getragen worden:

Umweltrelevante Projektmerkmale (Wirkfaktoren)	Empfindlichkeit des Standortes	Kriterien für die Beurteilung der Auswir- kungen auf die Umwelt							
		Gesamtbeurteilung (Behörde)							
		3.1 Art und Ausmaß	3.2 grenzüber- schreitend	3.3 Schwere / Komplexität	3.4 Wahrschei- lichkeit	3.5 Dauer, Häufigkeit, Umkehrbarkeit	3.6 Kumulation	3.7 Minderung der Auswirkungen	Gesamtbeurteilung
Flächenentzug	Mensch	2	-	2	2	2	1	1	2
Nutzungsänderung	Tiere, Pflanzen, biolog. Vielfalt	1	-	-	2	2	2	1	2
Bodenabtrag	Fläche	1	-	-	2	2	-	-	2
Bodenauftrag	Boden	1	-	1	1	2	1	1	1
Verdichtung	Wasser	1	-	1	1	2	1	1	1
Versiegelung	Luft, Klima	-	-	-	-	-	-	-	-
...	Landschaft	1	-	1	-	1	1	1	1
	Kulturelles Erbe, sonstige Sachgüter								

(-) nicht relevant

(1) nicht erheblich

(2) mehr als nicht erheblich

(3) erheblich

Nach derzeitiger Einschätzung werden verschiedene Schutzgüter betroffen sein. Die grenzüberschreitende Wirkung besteht bei keinem Schutzgut.

Das Schutzgut Boden wird durch den reinen Flächenentzug beim Wegeneubau, beim Wegeausbau und beim Landschaftsbau beeinflusst. Es wird angenommen, dass das Ausmaß, die Schwere, die Wahrscheinlichkeit und die Dauer der Auswirkungen mehr als nicht erheblich sind. Die Häufigkeit und die Reversibilität werden dahingehend eingestuft, dass nicht wenige Beeinträchtigungen -eben wegen der Schotterbefestigung-, nicht erheblich ausfallen werden, vergleicht man sie mit der Bitumenbefestigung. Trotz der nicht unerheblichen Auswirkungen beim Flächenentzug werden die Auswirkungen – insbesondere im Vergleich mit den Auswirkungen der EK 13 / EK 17 – nur als mehr als nicht erheblich eingestuft.

Das Schutzgut Wasser wird nur im Bereich der Wege durch Veränderung des Oberflächenwasserabflusses tangiert; Das allerdings sicher und dauerhaft.

Die Einstufungen bei Luft / Klima sollen die kleinklimatischen Veränderungen wieder spiegeln, die aufgrund der relativ hohen Befestigung mit Bitumen wahrscheinlich und dauerhaft auftreten können.

Bei Naturhaushalt/Flora/Fauna ist die Dauer mit mehr als nicht erheblich eingestuft, die anderen Kriterien als nicht erheblich.

Gleichermaßen ist das Schutzgut Landschaftsbild eingestuft.

Beim Schutzgut Kultur- und Sachgüter wird dem Umstand Rechnung getragen, dass es grundsätzliche Verdachtsflächen gibt, derzeit über deren räumliche Ausdehnung und Qualität aber noch keine Aussagen der Bodendenkmalpflege vorliegen.

Insgesamt kommt die Gesamtbeurteilung zu dem Schluss, dass es keine erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter gibt, so dass eine UVP nicht erforderlich wird.

#### 4. Aussagen zur FFH-Prüfung

Die FFH-Richtlinie der EU (RL 92/43/EWG DES RATES vom 21. Mai 1992; umgesetzt durch 2. Gesetz zur Änderung d. BNatSchG vom 01.05.1998) verpflichtet die Mitgliedsstaaten, und somit den Verfahrensträger, sicherzustellen, dass sich der Zustand der Natur in FFH- und Vogelschutzgebieten nicht verschlechtert (Verschlechterungsverbot) und geeignete Maßnahmen zur Erhaltung, ggf. zur Entwicklung der Gebiete getroffen werden (Erhaltungsmaßnahmen). Dabei ist zu beachten: Nicht nur Projekte und Pläne innerhalb eines FFH- oder Vogelschutzgebietes sind auf ihre Verträglichkeit zu überprüfen, sondern auch Projekte und Pläne, die von außen erheblich auf solche Gebiete einwirken könnten (Umgebungsschutz).

Wie in 2.3.1 beschrieben, existieren entsprechende Gebiete erst in mehr als 4 km Entfernung. Von direkten oder indirekten Auswirkungen kann so nicht mehr ausgegangen werden. **Somit ist eine FFH-Verträglichkeitsprüfung nicht erforderlich.**

Nach den Prüfschritten zur Durchführung von Maßnahmen innerhalb eines FFH- bzw. europäischen Vogelschutzgebietes, oder zumindest mit Auswirkungen in diese, wären für mögliche Ausnahmen der Erhaltungszustand der natürlichen Lebensräume und der Arten zu überprüfen. Auch diese Überprüfung ergibt keine erhebliche Betroffenheit (siehe dazu auch Kap. 3.2.4 des Landschaftsberichtes).

#### 5. Aussagen zur Artenschutzrechtlichen Prüfung

Aufgrund europäischer Bestimmungen wurde das Bundesnaturschutzgesetz im Dezember 2007 dahingehend novelliert, dass dem Artenschutz in genehmigungspflichtigen Planungs- und Zulassungsverfahren deutlich mehr Gewichtung zukommen muss.

Daraus folgert für die Flurbereinigung Gangelt III eine gesonderte Artenschutzrechtliche Prüfung. Weil das entsprechende Untersuchungsgebiet zu der Straßenplanung EK 13 / EK 17 größtenteils identisch ist mit dem der Flurbereinigung, wurde das Planungsbüro mit der Aktualisierung des damaligen Gutachtens beauftragt, welches auch die ASP zur Straßenplanung gefertigt hatte. Diese Untersuchung wurde im Dezember 2017 vorgelegt.

Es wird festgestellt, dass **bei keiner** der potenziell betroffenen, besonders oder streng geschützten, **planungsrelevanten Arten**, bei Beachtung vorgegebener Regelungen (z.B. Bauzeitenbeschränkungen) **ein Konflikt mit den artenschutzrechtlichen Vorschriften zu erwarten** ist. Insgesamt werden durch die Planung unter Einbeziehung der Vermeidungsmaßnahmen keine Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG erfüllt.

## 6. Gesamteinschätzung der erheblichen Umweltauswirkungen

Die überschlägige Prüfung anhand der o. a. Kriterien und Merkmale gemäß § 5 UVPG hat ergeben, dass das Vorhaben demnach keine erheblichen, nachteiligen Umweltauswirkungen haben wird.

**Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht erforderlich.**

Die zu erwartenden bau- und nutzungsbedingten Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild können als nicht erheblich bzw. mehr als nicht erheblich kategorisiert werden. Unvermeidbare Eingriffe werden gemäß § 17 BNatSchG in geeigneter Weise ausgeglichen bzw. ersetzt. Detailliertere Aussagen zur landschaftspflegerischen Begleitplanung erfolgen in einem gesonderten Bericht, der im weiteren Verlauf des Verfahrens erstellt und Bestandteil des Plans über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen in der Flurbereinigung Gangelt III wird.

## Vermerk

### **Flurbereinigung Gangelt III – 33.43-5 14 01 -** Prüfung der UVP-Pflicht

Schreiben der Bezirksregierung vom 02.07.2018

Mit dem o.a. Schreiben wurden der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Heinsberg, die Unterlagen zur Feststellung der UVP-Pflicht zugesandt. Die Höhere Naturschutzbehörde (Dezernat 51 der Bezirksregierung Köln) wurde per E-mail am 24.07.2018 beteiligt.

Mit der Feststellung der UVP-Pflicht hat das Dezernat 33 der Bezirksregierung Köln dargestellt, dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeit nach überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 2 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes aufgeführten Kriterien nicht erforderlich ist.

Verbunden mit dem Anschreiben war die Bitte, bis zum 24.08.2018 mitzuteilen, ob die Ansicht der Bezirksregierung mitgetragen wird. Ohne Rückmeldung bis zu diesem Datum ginge die Bezirksregierung davon aus, dass auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) verzichtet werden könne und ausschließlich eine Landschaftspflegerische Begleitplanung durchgeführt werde.

Bis zum 28.08.2018 haben sowohl der Kreis Heinsberg als Untere Naturschutzbehörde, als auch das Dez. 51 als Höhere Naturschutzbehörde mitgeteilt, dass sie die Auffassung des Dez. 33 teilen. Somit wird festgestellt, dass die Durchführung einer UVP für die Flurbereinigung Gangelt III nicht erforderlich ist.

Die Entscheidung ist baldmöglichst öffentlich bekannt zu machen.

Aachen, den 15.01.2019

(Schölzel)